

„Wer es wirklich ernst meint mit der Zukunft, muss heute damit anfangen sie zu gestalten“



Foto: SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen

Eine Zukunftsvision der SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen für die Fläche der Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE)



Präambel

Viele, die sich in den letzten Jahren ehrenamtlich, beruflich oder privat mit der Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE) auseinandergesetzt haben, werden das Gefühl kennen, gebannt auf einen Beschluss zu warten. Die Zentraldeponie an der Stadtgrenze zwischen Herne und Gelsenkirchen ist seit vielen Jahren ein Konfliktpunkt zwischen den Betreiber:innen und den umliegend wohnenden Bürger:innen. Wir als SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen unterstützen ausdrücklich den Wunsch der Bürger:innen nach einem klaren und verbindlichen Ende der Zentraldeponie. Immer wieder wurde die Verlängerung der Laufzeit und die Erweiterung der Kapazitäten für die Deponie genehmigt. Auch die Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns für Teilmaßnahmen zur Erweiterung der ZDE durch die Bezirksregierung am 07.01.2021 lässt vermuten, dass eine weitere Ausweitung der ZDE genehmigt wird. Wir aber bleiben bei unserer klaren Haltung, dass wir dies ablehnen. Im Fall einer Genehmigung der Erweiterung werden wir die Verwaltung der Stadt Gelsenkirchen beauftragen zu prüfen, inwieweit gegen diese Genehmigung rechtliche Schritte unternommen werden können.

Darüber hinaus wollen wir eine Perspektivdiskussion führen und haben eine Zukunftsvision für das Ende der ZDE erarbeitet. Wir fordern die Landesregierung, die Bezirksregierung und den RVR erneut auf das Thema Entsorgungssicherheit ernst zu nehmen und alternative Standorte für die Abfallentsorgung in der Region zu finden. Die Betreiberin Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhr mbH (AGR) schreibt stolz: die Gelsenkirchener Zentraldeponie sei die deutschlandweit erste geordnete Deponie und in Betrieb seit 1969. Wir finden: Damit haben die Städte Gelsenkirchen und Herne über Jahrzehnte verantwortungsvoll ihren Beitrag geleistet. Es ist Zeit, dass wir endlich in die Planungen einer Nachnutzung des Geländes einsteigen. Wer es wirklich ernst meint mit der Zukunft muss ein verbindliches Ausstiegsdatum festlegen, Alternativflächen in der Region suchen und eine Perspektive für die Nachnutzung der Zentraldeponie aufzeigen.

5 Punkte Plan

1. Klares Ausstiegsdatum spätestens 2030 3
2. Klare Zugangsbeschränkungen für das Gelände 4
3. Planung und Identifizierung von Alternativflächen 4
4. Entwicklung einer Zukunftsvision für das Gelände in Gelsenkirchen 5
5. Einleitung der Renaturierung und zukünftigen Nachnutzung 6

1. Klares Ausstiegsdatum spätestens 2030

Die Landesregierung, die Bezirksregierung Münster und die Kommunen müssen die Entsorgungssicherheit für die Region sicherstellen. Seit 1969 übernimmt die Stadt Gelsenkirchen gemeinsam mit der Stadt Herne diese Verantwortung. Seit Bestehen der Deponie wird deren Erweiterung durch die Bezirksregierung Münster als zuständige Genehmigungsbehörde geregelt. Eine immer weitere Erhöhung und Ausweitung der Zentraldeponie Emscherbruch darf nicht das Zukunftskonzept sein. Wir fordern nach Jahrzehnten der Verantwortung eine Entlastung der Stadt und ihrer Bürger:innen, insbesondere derer im direkten Wohnumfeld der Deponie. Die AGR muss als Betreiberin ein verbindliches Ausstiegsdatum öffentlich kommunizieren. Sollte eine Erweiterung der ZDE 2021 nicht mehr zu verhindern sein, muss mit der Erweiterung spätestens 2030 ein Endzeitpunkt für die ZDE gesetzt sein. Sollten vor 2030 die genehmigten Mengenkapazitätsgrenzen erreicht sein, darf es zu keiner Kapazitätsausweitung kommen und die ZDE muss vorzeitig stillgelegt werden.

→ Wir fordern spätestens für 2030 ein klares und verbindliches Ausstiegsdatum sowie verbindliche Kapazitätsgrenzen der noch ausstehenden Mengen für die Deponie.



2. Klare Zugangsbeschränkungen für das Gelände

Solange das Gelände noch in Betrieb ist, müssen klare Zugangsbeschränkungen sichergestellt werden, sodass das Gelände weder tagsüber noch nachts durch Unbefugte betreten werden kann. Vor einigen Jahren haben Brände auf der Zentraldeponie zu Unruhe bei den Anwohner:innen geführt. Zuletzt ist deutlich geworden, dass die Einzäunung der Deponie von Motorcrosserfahrer:innen durchdrungen werden konnte. Insbesondere die chemische Zusammensetzung von Abfällen auf der Deponie erfordert ein verstärkt präventiv ausgelegtes Sicherheitskonzept für das Gelände.

→ Wir fordern eine erneute Überarbeitung des Sicherheitskonzepts, um dem Betreten des Geländes durch Unbefugte vorzubeugen.

3. Planung und Identifizierung von Alternativflächen

Um die Entsorgungssicherheit in der Region auch weiterhin sicherstellen zu können, müssen in einem ersten Schritt neue, alternative Deponieflächen identifiziert werden. Dabei erwarten wir eine ergebnisoffene und wohlwollende Prüfung in der gesamten Region, unter Beteiligung der Bezirksregierung und Landesregierung. So, wie Gelsenkirchen über Jahrzehnte mit der Zentraldeponie Emscherbruch einen entscheidenden Teil für die Stabilität der Region beigetragen hat, müssen nun andere Städte ebenfalls Verantwortung übernehmen. Wer es wirklich ernst meint mit einem Ende der Zentraldeponie in Gelsenkirchen muss anfangen sich mit der Zukunft zu beschäftigen und verbindliche Lösungen zu finden. Wir werden in den nächsten Jahren den Stand der Planungen immer wieder in Erfahrung bringen und den Fokus hierauf setzen. Der Planungsbeginn für eine Alternative zur Zentraldeponie Emscherbruch signalisiert mit dem Einsatz von Ressourcen einen tatsächlichen Handlungswillen für das verbindliche Ende der Deponie. Um nicht in Zukunft vor dem Problem der fehlenden Alternativen zu stehen, fokussieren wir uns frühzeitig auf den Beginn der komplexen Planungsprozesse für einen alternativen Standort der ZDE.

→ Wir erwarten in den nächsten 2 Jahren eine ergebnisoffene Prüfung von alternativen Deponieflächen in der Region, durch die Bezirksregierung Münster, die Landesregierung NRW und den RVR.

4. Entwicklung einer Zukunftsvision für das Gelände in Gelsenkirchen

Unabhängig von einem neuen Standort für die Abfallentsorgung, stellt sich die Frage, was in Zukunft möglich sein wird für die Fläche in Gelsenkirchen. Die Frage sollte sich jedoch nicht erst dann stellen, wenn es soweit ist, sondern muss ebenfalls vorbereitet werden. Eine alte Deponiefläche hat aufgrund ihrer Zusammensetzung bestimmte Besonderheiten, die bedacht werden müssen. Eine Potentialanalyse kann dazu beitragen eine geeignete Nachnutzung und Potentiale für den jeweiligen Deponiestandort zu identifizieren. Außerdem wird hierbei deutlich, unter welchen Voraussetzungen die Fläche der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden kann. Auch in Gelsenkirchen fordern wir im Prozess der Umgestaltung die Durchführung einer Potentialanalyse, um anschließend einen Ort, der Lebensqualität zurückbringt, aufzubauen. Im Austausch mit der Bevölkerung, der Bürgerinitiative „Uns stinkt’s“, der Verwaltung und der Politik möchten wir neue Ideen zusammenbringen und gemeinsam umsetzen.

Deponieflächen im Allgemeinen bieten sich für verschiedenste Nutzungsmöglichkeiten an, von Gewerbeflächen, über die Förderung Erneuerbarer Energien hin zu Freizeitmöglichkeiten und neuen Naturräumen. In Anbetracht des gesamtstädtischen Bildes könnten aus unserer Perspektive, nach umfangreicher umwelttechnischer und bautechnischer Prüfung, neue Freizeitmöglichkeiten, wie beispielsweise eine Sommerrodelbahn oder ein Klettergarten zu einer attraktiven Aufwertung des Standorts führen. Insbesondere in Anbetracht der vielen existierenden Naturflächen im Umfeld und der dadurch entstehenden Aufwertung der Wohnqualität für die umliegenden Wohnviertel, wäre dies eine Entschädigung für die Bürger:innen vor Ort.

→ Wir fordern eine Potentialanalyse für das Gelände der Zentraldeponie Emscherbruch, um die Potentiale für neue Freizeitmöglichkeiten zu untersuchen.



5. Einleitung der Renaturierung und zukünftigen Nachnutzung

Am Ende eines transparenten Verfahrens, in das sich Politik, Verwaltung und Bürger:innen einbringen konnten, stehen neue Ideen für die Nachnutzung der - dann ehemaligen - Fläche Zentraldeponie Emscherbruch. Entsprechend der bestehenden Auflagen und nötigen technischen Voraussetzungen, muss die Stilllegung und Renaturierung der Deponie eingeleitet werden. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass sowohl die Deponieklassen I, II als auch III auf der Zentraldeponie Emscherbruch vorkommen, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Zusammensetzungen entsprechend strenge Vorkehrungen und Maßnahmen bei der Renaturierung bedingen. Wir erwarten, dass sich das Land und die Betreiberin an den Kosten beteiligen. Als Städte haben wir über Jahrzehnte die Verantwortung getragen. Jetzt ist es Zeit, dass wir mit den Kosten der Rückabwicklung nicht alleine gelassen werden.

Weil wir eine Zukunftsvision immer vor Augen haben, werden wir bei der Diskussion um ein Ausstiegsdatum, neue Flächen oder angestrebte Erweiterungen immer den Fokus auf die Planungsschritte für eine Zeit nach der Zentraldeponie Emscherbruch legen.

➔ Mit dem Ziel, die Fläche für die Menschen in Gelsenkirchen und Herne zurückzugewinnen, werden wir den Prozess des Ausstiegs, der Stilllegung und Renaturierung der Zentraldeponie verfolgen und über Jahre kritisch begleiten.